

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 21.10.2004
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 14.10.2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:03 Uhr – 19:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin
419/2004**
- 3. Amtseinführung des Bürgermeisters**
- 4. Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder**
- 5. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Rates vom 13.07.2004
- öffentlicher Teil -**
- 6. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 13.07.2004 - öffentlicher Teil -
416/2004**

7. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
8. **Einwohnerfragestunde**
433/2004
9. **Beschluß über die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**
420/2004
10. **Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**
423/2004
11. **IV. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und den Bürgermeister**
434/2004
12. **Bildung und Besetzung der Ausschüsse**
430/2004
13. **Verteilung der Ausschußvorsitze, der stellvertretenden Ausschußvorsitze und Benennung der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden**
431/2004
14. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**
432/2004
15. **Sanierung einer Fassade am Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz**
418/2004
16. **Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.**
435/2004
17. **Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle**
436/ 2004
18. **Anfragen der Ratsmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Rates vom 13.07.2004
- nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom
13.07.2004 - nichtöffentlicher Teil -
417/2004**
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

@-> Als das unter den anwesenden Ratsmitgliedern an Jahren älteste Mitglied eröffnet Herr Heinz Lang die Ratssitzung und hält eine kurze Eröffnungsrede. Der Wortlaut der Rede ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach stellt er fest, daß der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlußfähig ist. Grundlage der Sitzung seien die Einladung vom 05.10.2004 und die ihr beigelegten Vorlagen.

Er informiert darüber, daß Herr Rainald Thannisch das ihm am 26.09.2004 von der Bürgerschaft übertragene Ratsmandat nicht angenommen habe. Nach der Reserveliste der SPD sei Herr Christian Müller als Nachfolger festgestellt worden. Dieser habe das Mandat am 08.10.2004 angenommen.

Herr Klaus Orth habe mit Wirkung vom 13.10.2004 sein Ratsmandat niedergelegt und das Mandat als hauptamtlicher Bürgermeister angenommen. Nach der Reserveliste der SPD sei Frau Berit Winkels als Nachfolgerin festgestellt worden. Diese habe noch am gleichen Tag ihr Ratsmandat angenommen.

2. <-@ Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

<-@
@-> Stadtoberinspektor Peter Kredelbach wird zum Schriftführer bestellt.

Im Falle seiner Verhinderung nimmt Stadträtin Helga Monheim diese Aufgabe wahr.

3. <-@ Amtseinführung des Bürgermeisters

@-> Herr Lang informiert darüber, daß im Rahmen der Kommunalwahl am 26.9.2004 in Nordrhein-Westfalen die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister direkt von der Bürgerschaft gewählt wurden. In Bergisch Gladbach habe keiner der angetretenen Bewerberinnen und Bewerber bei dieser Wahl die absolute Mehrheit erreicht. Aus diesem Grunde sei am 10.10.2004 eine Stichwahl erfolgt, bei der 62,4 % der Wählerinnen und Wähler Herrn Klaus Orth ihre Stimme gegeben hätten.

Herr Orth habe die Wahl angenommen und sei nunmehr in das Beamtenverhältnis auf Zeit zu berufen.

Sodann leistet Herr Orth gemäß § 61 Absatz 1 Landesbeamtengesetz in feierlicher Form den vorgeschriebenen Diensteid. Im Anschluß daran händigt Herr Lang ihm ein Bestätigungsschreiben aus.

Nach der Gratulation durch alle Anwesenden übergibt Herr Lang die Sitzungsleitung an Bürgermeister Orth.

<-@

4. Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

@-> Bürgermeister Orth führt die Ratsmitglieder in ihr Amt ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben (Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen alter Fassung).

Danach weist Bürgermeister Orth auf Ausdrucke der vom Rat in seiner Sitzung am 13.07.2004 beschlossenen Ehrenordnung und des Ehrenkodex' hin, die allen Ratsmitgliedern auf den Tisch gelegt wurden. Des weiteren hätten sie eine aktualisierte Fassung der Gemeindeordnung von Nordrhein- Westfalen in Taschenbuchform erhalten. Die neu in den Rat gewählten Mitglieder erhielten zudem in Bälde ein komplettes Ortsrecht der Stadt Bergisch Gladbach übersandt.

<-@

5. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Rates vom 13.07.2004 - öffentlicher Teil -

@-> Bürgermeister Orth nimmt Bezug auf die Ausführungen in der Niederschrift vom 13.7.2004 zur Einwohneranfrage des Herrn Giselher Schmidt zu Aktivitäten von DKP- Mitgliedern im Rahmen der Durchführung des Internationalen Frauentages sowie Aktionen des Frauenbündnisses „ FINTE “. Herr Schmidt habe mit Schreiben vom 6.9.2004 ausgeführt, daß seine mündliche Zusatzfrage in der Niederschrift nicht korrekt wiedergegeben wurde. Auf Seite 14 sei im dritten Absatz das Wort „ unterstelle “ durch den Begriff „ nachweise “ zu ersetzen. Herr Schmidt sei von der Richtigkeit des Verfassungsschutzberichts überzeugt und erwarte eine Korrektur der Niederschrift in seinem Sinne.

Bürgermeister Orth erläutert, daß eine bereits unterzeichnete und versandte Niederschrift aus formellen Gründen nachträglich nicht mehr geändert werden könne. Möglich sei lediglich, die von Herrn Schmidt gewünschte Änderung durch einen Beschluß festzustellen.

Des weiteren sei in der Überschrift zu Punkt 13.3 des öffentlichen Teiles eine falsche Ortsbezeichnung gewählt worden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN habe sich nicht auf das Gewerbegebiet Bockenberg, sondern auf das Gewerbegebiet Obereschbach bezogen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden Beschluß:

1. Die Niederschrift wird auf Seite 14 in Absatz 3 wie folgt geändert:
Der Begriff „ unterstelle “ wird durch den Begriff „nachweise “ ersetzt.
2. Die Niederschrift wird auf Seite 12 in der Überschrift zu Punkt 13.3 wie folgt geändert:
Der Begriff „ Bockenberg “ wird durch den Begriff „ Obereschbach “ ersetzt.
3. Mit diesen Änderungen wird die Niederschrift genehmigt.

<-@
6. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 13.07.2004 - öffentlicher Teil -**

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
7. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- @-> 1. Festakt zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Willibert Krüger am 02.07. 2004.

--

Bürgermeister Orth teilt mit, daß sich Herr Willibert Krüger mit einem Schreiben für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts bedankt habe. Dieses Schreiben sei erst nach der letzten Ratssitzung am 13.7.2004 eingegangen.

2. Antrittsrede von Bürgermeister Orth

Bürgermeister Orth erläutert in einer kurzen Antrittsrede die Ziele seiner künftigen Amtsführung. Das Manuskript der Rede ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

<-@
9. **Beschluß über die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**

@-> Herr Schneeloch bedauert, daß die CDU-Fraktion offenbar das Amt des dritten stellvertretenden Bürgermeisters/ der dritten stellvertretenden Bürgermeisterin im Rahmen der von ihr eingegangenen Listenverbindung wiederum an ein Mitglied der FDP-Fraktion vergeben wolle. Sie folge damit der schlechten Tradition, die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN als drittstärkste Kraft im Rat für weitere fünf Jahren von der politischen Repräsentation der Stadt auszuschließen. Er appelliert an die CDU-Fraktion, ihre Vorstellungen noch einmal zu überdenken.

Er schlägt vor, es auf Grund der problematischen Haushaltslage bei der Zahl von drei stellvertretenden Bürgermeistern/ Bürgermeisterinnen zu belassen.

Herr Ziffus schließt sich der Kritik von Herrn Schneeloch an. Die Kandidatin seiner Fraktion für das Amt der stellvertretenden Bürgermeisterin sei durchaus befähigt, dem Kreis der Stellvertreter anzugehören. Dennoch akzeptiere BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine Beibehaltung der Zahl von drei Stellvertretern/ Stellvertreterinnen.

Auch Herr Buchholz spricht sich dafür aus, die Zahl von drei Stellvertretern/ Stellvertreterinnen beizubehalten. Die Schaffung eines vierten Amtes zur lediglichen Bevorteilung einer weiteren Fraktion sei nicht sinnvoll. Es entspreche allerdings den Spielregeln für die Festlegung der Zahl, daß Listenverbindungen eingegangen werden könnten und rechnerisch die entsprechenden Ergebnisse brächten. Das Recht dazu stehe allen Fraktionen zu.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, daß die bisherige Amtsinhaberin aus seiner Fraktion das ihr übertragene Amt in der vergangenen Ratsperiode erfolgreich wahrnahm. Bei der Kommunalwahl habe sie als Person mehr Stimmen erhalten als die gesamte FDP. Dies sei bei der Kandidatin von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nicht der Fall.

Herr Waldschmidt bewertet die Ausführungen von Herrn Schneeloch und Herrn Ziffus als Appell im Sinne einer neuen Politik. Der Rat habe sich in seiner Zusammensetzung wesentlich verändert.

Herr Cüpper schlägt vor, daß die SPD-Fraktion auf den Posten des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters/ der zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin verzichtet und diesen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Verfügung stellt.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der KIDitativie folgenden **Beschluß:**

Die Zahl der stellvertretende Bürgermeister/ stellvertretenden Bürgermeisterinnen wird auf drei festgelegt.

10. **<-@ Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**

@-> Auf die Bitte von Bürgermeister Orth benennen die Fraktionen zur Auszählung der im noch folgenden geheimen Wahlgang abzugebenden Stimmen folgende Ratsmitglieder:

Frau Schneider für die SPD, Frau Scheerer für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Alef für die KIDitativie, Herrn Schier für die FDP, Herrn Nagelschmidt für die CDU und Herrn Dr. Lahn für die Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg.

Herr Buchholz gibt bekannt, daß die CDU eine Listenverbindung mit der KIDitativie, der FDP und den Bürgern für Bergisch Gladbach und Bensberg eingehe. Der Wahlvorschlag der vier Fraktionen umfasse die Kandidaten Karl Hubert Hagen und Ingrid Koshofer.

Herr Schneeloch gibt bekannt, daß die SPD eine Listenverbindung mit BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eingehe. Der Wahlvorschlag der beiden Fraktionen umfasse die Kandidaten Helene Hammelrath und Magda Ryborsch.

Bürgermeister Ort schlägt vor, die beiden Wahlvorschläge als Liste A und Liste B zu

bezeichnen. Die Liste A umfasse die Kandidaten Hagen und Koshofer, die Liste B die Kandidaten Hammelrath und Ryborsch. Entscheidend sei nunmehr, wie viele der gleich abzugebenden Stimmen auf die beiden Wahlvorschläge entfallen. Der Stimmzettel, der zur Wahl genutzt werde, lasse neben einer Entscheidung für eine der beiden Listen auch eine Stimmenthaltung zu.

Sodann wird über die beiden Wahlvorschläge geheim abgestimmt, indem die Mitglieder des Rates in Wahlkabinen die Wahlvorschläge kennzeichnen und diese in die Wahlurnen legen.

Nach Abschluß des Wahlvorganges und der Auszählung der abgegebenen Stimmen gibt Bürgermeister Orth das Wahlergebnis bekannt. Von den anwesenden 65 Mitgliedern des Rates seien 65 gültige Stimmen abgegeben worden. Er selbst sei stimmberechtigt und habe daher ebenfalls an der Wahl teilgenommen. Von den somit 66 abgegebenen und gültigen Stimmen entfielen 36 Stimmen auf den Wahlvorschlag A und 29 Stimmen auf den Wahlvorschlag B. Weiterhin habe es eine Stimmenthaltung gegeben.

Als Ergebnis der Wahl stellt Bürgermeister Orth fest:

1. **Zum ersten stellvertretenden Bürgermeister ist Herr Karl Hubert Hagen gewählt.**
2. **Zur zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin ist Frau Helene Hammelrath gewählt.**
3. **Zu dritten stellvertretenden Bürgermeisterin ist Frau Ingrid Koshofer gewählt.**

Danach fragt Bürgermeister Orth die Gewählten, ob sie das ihnen übertragene Amt annehmen. Dies wird von ihnen bejaht.

Im Anschluß daran gratulieren Bürgermeister Orth und der Rat den Gewählten zu Ihrer Wahl.

Zuletzt wünscht Herr Buchholz für die CDU- Fraktion sowohl Bürgermeister Orth als auch dessen soeben gewählten Stellvertretern Glück und Erfolg für die Arbeit der kommenden fünf Jahre.

Die abgegebenen Stimmzettel sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt.

8.

<-@

Einwohnerfragestunde

@->

Einwohneranfrage zur Berücksichtigung des 200. Todestages von Friedrich Schiller durch die Stadt Bergisch Gladbach

-

Herr Diplompolitologe Giselher Schmidt trägt seine unter den 13.10.2004 schriftlich abgefasste Einwohnerfrage zur Berücksichtigung des 200. Todestages von Friedrich Schiller mündlich vor. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sodann nimmt Bürgermeister Orth zu der von Herrn Schmidt aufgeworfenen Problematik Stellung. Auch die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

11. **IV. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und den Bürgermeister**

@-> Bürgermeister Orth spricht sich eine Lösung aus, die zum einen eine möglichst geringe zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes und zum anderen den künftigen Ausschußmitgliedern ein zwar sachgerechtes, aber dennoch nicht allzu zeitintensives Arbeiten ermöglicht. Danach erläutert er die Vorlage.

Herr Buchholz beantragt, einen eigenständigen Sozialausschuß einzurichten. Er geht davon aus, daß es im sozialen Bereich künftig eine Vielzahl von wichtigen politischen Entscheidungen zu treffen gebe. Dessen steigende Wertigkeit gebiete die Einrichtung eines eigenen Ausschusses und nicht die Eingliederung in einen bereits bestehenden.

Auch Frau Ryborsch spricht sich für einen eigenständigen Sozialausschuß aus, jedoch in Gestalt des in der Beschlußvorlage ausgeführten Vorschlages 2. Sie geht davon aus, daß durch einen unmittelbar nach dem Jugendhilfeausschuß tagenden Sozialausschuß kein allzu großer zusätzlicher Aufwand entstehe.

Auf Nachfrage von Herrn Schneeloch stellt Bürgermeister Orth im Benehmen mit Herrn Buchholz fest, daß der Antrag der CDU- Fraktion hinsichtlich der Gestaltung des neuen Ausschusses noch unspezifiziert sei, mithin nicht unbedingt dem Vorschlag 2 der Beschlußvorlage entsprechen müsse.

Herr Schneeloch geht von einer weiterhin gegebenen Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses aus, sobald ein soziales Thema die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffe. Mithin seien nur wenige Themen denkbar, die künftig in die alleinige Zuständigkeit eines neuen Sozialausschusses fallen könnten. Der nur im Sozialausschuß zu behandelnde Bereich sei quantitativ zu unbedeutend, um die Einrichtung des neuen Gremiums zu rechtfertigen. Demgegenüber seien die durch den neuen Ausschuß ausgelösten Folgekosten nicht zu verantworten. Er beantragt, entsprechend dem Vorschlag 1 der Beschlußvorlage die nicht den Bereich Kinder- und Jugendhilfe berührenden sozialen Themen in die Beratungskompetenz des Hauptausschusses zu geben.

Herr Dr. Fischer folgt der Argumentation von Herrn Schneeloch. Auch er beantragt eine Übertragung der sozialen Themen in die Beratungskompetenz des Hauptausschusses.

Herr Neuheuser geht ebenfalls von einer steigenden Bedeutung des sozialen Bereiches aus, was einen eigenen Sozialausschuß rechtfertige. Die KIDinitiative schließe sich daher dem Antrag von Herrn Buchholz an.

Frau Ryborsch konkretisiert die Vorstellungen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN dahingehend, daß der Sozialausschuß entsprechend dem Vorschlag 2 der Beschlußvorlage unmittelbar nach dem Jugendhilfeausschuß tagen solle und auf diese Weise eine Minimierung der Kosten erreicht werde.

Herr Buchholz hat keine Bedenken, gegebenenfalls so zu verfahren. Organisatorische Fragen könne man noch klären.

Herr Schneeloch geht davon aus, daß soziale Themen in einem Hauptausschuß stringenter und nachhaltiger behandelt werden als in einem nur selten tagenden Sozialausschuß.

Bürgermeister Orth stellt klar, daß der Antrag der CDU- Fraktion einen neuen Vorschlag 4 darstelle. Nach diesem werde es keine zwangsläufige Personenidentität zwischen den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und des neuen Sozialausschusses geben. Auch müsse nicht unbedingt die im Vorschlag 2 beschriebene Verbindung der beiden Ausschüsse verwirklicht werden. Hinsichtlich der zu ändernden Zuständigkeitsordnung werde Vorschlag 4 allerdings von den Formulierungen zu Vorschlag 2 gedeckt.

Herr Baeumle-Courth geht entsprechend dem Vorschlag 2 für die Zukunft von zwei rechtlich eigenständigen Ausschüssen aus, deren Sitzungen dennoch hintereinander stattfinden können. Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung könnten die Ratsmitglieder, die in beiden Gremien saßen, auf einen Teil des ihnen zustehenden Sitzungsgelds verzichten.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer stellt Bürgermeister Orth klar, daß Vorschlag 2 der Beschlußvorlage von einer generellen Personenidentität ausgehe. Dies tue der Antrag von Herrn Buchholz nicht, weshalb dieser einen neuen Vorschlag 4 darstelle. Hier sei eine Personenidentität höchstens für die den Ausschüssen angehörenden Ratsmitglieder denkbar.

Frau Kreft geht für den Fall eines Beschlusses im Sinne des Antrages von Herrn Buchholz in jedem Fall von zusätzlich entstehenden Kosten aus, egal ob die beiden Ausschüsse hintereinander tagten oder nicht. Wolle man diese Kosten sparen, sei nur eine Entscheidung im Sinne der Vorstellungen ihrer Fraktion sinnvoll.

Herr Ziffus stellt fest, daß rechtlich auch eine Entscheidung im Sinne des von der Verwaltung vorgetragenen Vorschlages 2 zusätzliche Entschädigungsansprüche auslöse. Eine Reduzierung der Kosten sei somit nur denkbar, wenn die Mitglieder des nach dem Jugendhilfeausschuß tagenden Sozialausschusses freiwillig auf Leistungen verzichteten.

Herr Lang spricht sich für den Vorschlag 1 aus. Er gehe nicht davon aus, daß soziale Themen im Hauptausschuß schlechter als im Sozialausschuß behandelt werden.

Herr Dr. Bernhauser hält die Einrichtung eines Sozialausschusses vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Herausforderungen für unabdingbar.

Herr Hoffstadt geht davon aus, daß der bisherige Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe-

und Sozialausschuß) gerade auch die künftigen Themen des Sozialausschusses qualifiziert und sachgerecht diskutiert und gegebenenfalls entschieden habe. Er beziffert die Zahl der möglicherweise in einem eigenen Sozialausschuß zu behandelnden Themen zwischen 10 und 20 pro Jahr.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß:**

Der IV. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und den Bürgermeister wird in der Fassung des Vorschlags 2 mit der Intention beschlossen, einen vom Jugendhilfeausschuß unabhängigen Sozialausschuß nach 57 GO NRW zu beschließen.

12. **<-@ Bildung und Besetzung der Ausschüsse**

@-> Bürgermeister Orth weist auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10.12.2003 hin, nach dem für die Besetzung der Ausschüsse keine Listenverbindungen mehr zu Lasten anderer Fraktionen erfolgen dürften. Er schlägt vor, die künftige Größe für jeden Ausschuß einzelnen durch Beschluß festzulegen. Vorab sei es sinnvoll, für den Fall der Wahl stellvertretender Ausschußmitglieder eine generelle Entscheidung zu treffen, ob eine persönliche Stellvertretung oder eine Listenstellvertretung gewünscht werden. Bewährt habe sich in den vergangenen Jahren die Listenstellvertretung.

Sodann faßt der Rat zunächst einstimmig bei einer Stimmenthaltung folgenden **Beschluß:**

Die Vertretung der Ausschußmitglieder erfolgt wie bisher über Namenslisten der Fraktionen. Aus diesen ergibt sich auch die Reihenfolge der in Vertretungsfall anzusprechenden Vertreter.

Herr Lang beantragt, die Anzahl der Mitglieder für alle Ausschüsse auf höchstens 15 zu begrenzen. Er begründet diesen Antrag mit seinem erheblichen Einsparpotenzial. Zudem garantiere eine besonders hohe Mitgliederzahl eines Ausschusses keine besseren Beratungsergebnisse. 15 Ausschußmitglieder gewährleisteten zudem eine Repräsentanz aller Fraktionen entsprechend den im Rat gegebenen Mehrheitsverhältnissen.

Sodann lehnt der Rat den Antrag von Herrn Lang mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD ab.

Danach faßt der Rat in getrennten Abstimmungen ohne eine Abstimmungsbeteiligung von Bürgermeister Orth hinsichtlich der Mitgliederzahl der einzelnen Ausschüsse folgende **Beschlüsse:**

- 1. Die Mitgliederzahl des Hauptausschusses wird auf 17 Personen festgelegt. Hinzu kommt die Person des Bürgermeisters in der Funktion als Vorsitzender (mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD bei 7 Gegenstimmen und Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/ DIE**

GRÜNEN).

- 2. Die Mitgliederzahl des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden wird auf 15 Personen festgelegt (einstimmig).**
- 3. Die Mitgliederzahl des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann wird auf 15 festgelegt (einstimmig).**
- 4. Die Mitgliederzahl des Rechnungsprüfungsausschusses wird auf 15 festgelegt (einstimmig).**
- 5. Die Mitgliederzahl des Vergabeausschusses wird auf 15 festgelegt (einstimmig).**
- 6. Die Mitgliederzahl des Finanz- und Liegenschaftsausschusses wird auf 15 festgelegt (einstimmig).**
- 7. Die Mitgliederzahl des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird auf 17 festgelegt (mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei mehreren Stimmenthaltungen).**
- 8. Die Mitgliederzahl des Planungsausschusses wird auf 15 festgelegt (einstimmig).**
- 9. Die Mitgliederzahl des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr wird auf 17 festgelegt (mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg).**
- 10. Die Mitgliederzahl des neu einzurichtenden Sozialausschusses wird auf 15 festgelegt (mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der FDP bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP und einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).**
- 11. Die Mitgliederzahl des Wahlprüfungsausschusses wird auf 6 festgelegt (einstimmig).**
- 12. Die Mitgliederzahl des Wahlausschusses wird auf 6 festgelegt. Hinzu kommt die Person des Bürgermeisters als Wahlleiter in der Funktion als Vorsitzender (einstimmig).**

Hinsichtlich des Jugendhilfeausschusses weist Bürgermeister Orth darauf hin, daß sich die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder von insgesamt 15 und die hierin enthaltene Zahl von 9 Mitgliedern des Rates aus dem Gesetz ergebe. Eine Entscheidung des Rates darüber sei daher nicht notwendig.

Herr Buchholz erklärt, daß die CDU-Fraktion zwar bereits über eine Liste über die Mitglieder und der stellvertretenden Ausschußmitglieder verfüge, jedoch deren Abänderung bereits in der kommenden Ratssitzung notwendig werde. Seine Fraktion habe daher noch Beratungsbedarf. Die Mitglieder der Ausschüsse würden wieder in

alphabetischer Reihenfolge angegeben.

Herr Waldschmidt erklärt, daß die SPD- Fraktion zwar ebenfalls eine solche Liste habe, jedoch die Namen für den neu gebildeten Sozialausschuß nachreichen müsse.

Frau Ryborsch erklärt, daß die Liste ihrer Fraktion komplett nachgereicht werde.

Herr Lang merkt zur der von seiner Fraktion vorbereiteten Liste an, daß die Vertreter in *der* Reihenfolge hintereinander eingeordnet werden sollten, wie sie aufgeführt wurden. Hinsichtlich des neu gebildeten Sozialausschusses würden die Namen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder nachgereicht.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Orth benennt Herr Waldschmidt als Mitglieder des neu gebildeten Sozialausschusses mündlich vorab Herrn Hoffstadt, Frau Schöttler-Fuchs, Herrn Galley und Frau Winkels.

Herr Ziffus benennt für diesen Ausschuß vorab mündlich Herrn Schnöring und Frau Schreiber als Mitglieder sowie die Herren Werner Schwamborn, Dr. Reichmann und Hans Kloep als stellvertretende Mitglieder.

Herr Dr. Fischer teilt mit, daß seine Fraktion noch über keine Liste für die Ausschußbesetzungen in Reinschrift verfüge. Für den Sozialausschuß benennt er vorab mündlich Herrn Gerhards als Mitglied und Herrn Schier sowie Frau Vollmer als stellvertretende Mitglieder.

Im Anschluß daran legt der Rat die im Jugendhilfeausschuß vertretenen und mit Stimmrecht versehenen Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände fest.

Frau Bendig benennt für die CDU-Fraktion folgende Verbände und die Personen:

<i>Verband</i>	<i>Stimmberechtigtes Mitglied</i>	<i>Persönlicher Stellvertreter/Persönliche Stellvertreterin</i>
<i>Kreiscaritasverband</i>	<i>Frank Köchling</i>	<i>Franz Kuschel</i>
<i>Bund der Deutschen Katholischen Jugend</i>	<i>Axel Koppe</i>	<i>Jugendfeuerwehr, c/o David Zenz</i>
<i>Stadtssportjugend</i>	<i>Erika Mundorf</i>	<i>Deutsches Rotes Kreuz, c/o Kurt Molitor</i>

Danach benennt Herr Hoffstadt für die SPD- Fraktion folgende Verbände und die sie repräsentierenden Personen:

<i>Verband</i>	<i>Stimmberechtigtes Mitglied</i>	<i>Persönlicher Stellvertreter/Persönliche Stellvertreterin</i>
-----------------------	--	--

Arbeiterwohlfahrt

Werner Eßer

Achim Sieg

Kinderschutzbund

Friedhelm Bilski

Dagmar Ibe

Zum Schluß benennt Frau Ryborsch für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden Verband und die ihn repräsentierenden Personen:

Verband

**Stimmberechtigtes
Mitglied**

**Persönlicher Stell-
vertreter/Persönli-
che Stellvertreterin**

Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband

Jürgen Kikol

Kreativitätsschule,
c/o Ulla Forster

Bürgermeister Orth stellt fest, daß damit der Jugendhilfeausschuß hinsichtlich seiner stimmberechtigten Mitglieder abschließend und einvernehmlich gebildet wurde und sich hieraus folgender einstimmige **Beschluß** ergibt:

Der einvernehmlich vorgetragenen Besetzung des Jugendhilfeausschusses wird zugestimmt.

Zuletzt benennen Herr Albrecht und Herr Waldschmidt für die CDU-und die SPD-Fraktion die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Umlegungsausschusses. Herr Albrecht benennt sich selbst als Mitglied und Herrn Buchholz als stellvertretendes Mitglied, Herr Waldschmidt Herrn Neu als Mitglied und Frau Hammelrath als stellvertretendes Mitglied. Hieraus ergibt sich folgender einstimmiger **Beschluß**:

Der Besetzung des Umlegungsausschusses in der vorgetragenen Form wird zugestimmt.

13. **<-@ Verteilung der Ausschußvorsitze, der stellvertretenden Ausschußvorsitze und Benennung der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden**

@-> Bürgermeister Orth gibt bekannt, daß nunmehr die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von insgesamt 13 Ausschüssen zu bestimmen bzw. nachrichtlich bekannt zu geben seien. Er weist darauf hin, daß er als Bürgermeister kraft Gesetzes der Vorsitzende im Hauptausschuß und im Wahlausschuß sei. Der/ die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses sei durch dieses Gremium selbst zu wählen. Das gleiche gelte für den/ die stellvertretenden Vorsitzenden im Hauptausschuß und im Jugendhilfeausschuß.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Orth wird aus der Mitte des Rates bestätigt, daß im übrigen eine überfraktionelle Einigung hinsichtlich der Vergabe der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze für die Ausschüsse stattgefunden habe. Sodann geben die Fraktionen die Namen für diese Positionen bekannt. Hieraus ergibt sich folgender einstimmiger **Beschluß**:

1. Der Vergabe der Ausschußvorsitze und der stellvertretenden Ausschußvorsitze in der vorgetragenen Form wird zugestimmt. Diese lautet wie folgt:

<i>Ausschuß</i>	<i>Vorsitzender/ Vorsitzende</i>	<i>Stellvertretende(r) Vorsitzende(r)</i>
Ausschuß für Anregungen und Beschwerden	Peter Baeumle- Courth	Dr. Uwe Kassner
Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann	Waltraud Schneider	Dr. Johann Bernhauser
Rechnungsprüfungs-Ausschuß	Otto Jung	Dr. Ulrich Steffen
Vergabeausschuß	Karl Hubert Hagen	Dr. Peter Winzen
Finanz- und Liegenschaftsausschuß	Klaus- Peter Freese	Hans Josef Haasbach
Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Dr. Wolfgang Miede	Thomas Cüpper
Planungsausschuß	Jürgen Albrecht	Helene Hammelrath
Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Michael Kremer	Klaus W. Waldschmidt
Sozialausschuß	Brigitte Schöttler-Fuchs	Dr. Johann Bernhauser
Wahlprüfungsausschuß	Kristel Bendig	Nikolaus Kleine

2. Nachrichtlich werden die Ausschüsse festgestellt, deren Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze sich aus dem Gesetz ergeben:

<i>Ausschuß</i>	<i>Vorsitzender/ Vorsitzende</i>	<i>Stellvertretende(r) Vorsitzende(r)</i>
Hauptausschuß	Bürgermeister Klaus Orth	(vom Hauptausschuß zu wählen)
Jugendhilfeausschuß fe-	(vom Jugendhilfeausschuß zu wählen)	(vom Jugendhilfeausschuß zu wählen)

wählen)

Wahlausschuß

Bürgermeister Klaus
Orth (als Wahlleiter)

Erster Beigeord-
neter und Stadt-
Kämmerer
Michael Kotulla

14. <-@
Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten

@-> Herr Lang beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertragen, da seine Fraktion noch Klärungsbedarf habe.

Bürgermeister Orth hat Verständnis für den Vertagungsantrag, bittet allerdings darum, über die Mitgliedschaften zu befinden, die vornehmlich durch die Verwaltung wahrgenommen werden sollen. Diese seien in der Vorlage unter I. aufgeführt.

Herr Lang bittet darum, die Entscheidung über den kompletten Tagesordnungspunkt zu vertragen. Er wolle auch die Frage prüfen, welche der von Bürgermeister Orth benannten Mitgliedschaften künftig gegebenenfalls durch Ratsmitglieder wahrgenommen werden können. Eilige Termine im Rahmen der Mitgliedschaften könne zunächst der Bürgermeister als Vertreter der Stadt wahrnehmen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und bei 7 Stimmenthaltungen folgenden **Beschluß:**

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, daß sich der soeben gefaßte Beschluß im Hinblick auf anstehende Sitzungen des Berufsschulenzweckverbandes als problematisch erweise. Die hierfür anberaumten Termine müßten nunmehr aus von der Stadt Bergisch Gladbach zu verantwortenden Gründen verschoben werden.

15. <-@
Sanierung einer Fassade am Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz

@-> Herr Nagelschmidt begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**

1. Der Rat zieht die Entscheidung in der Angelegenheit gem. § 1 Abs. 4 Zuständigkeitsordnung an sich.
2. Der Sanierung einer Fassade der Stadthäuser in Bergisch Gladbach, Konrad-Adenauer-Platz, wird in der vorgesehenen Form zugestimmt.

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

16. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Bürgermeister Orth korrigiert die Sachdarstellung der Vorlage in ihrem zweiten Absatz dahingehend, daß die GEW RheinEnergie eine Übernahme des Betrages der jährlich entstehenden Stromkosten in Höhe von ca. 460 € noch nicht zugesagt habe. Der Geschäftsführer des Verschönerungsvereines bemühe sich vielmehr, den Konzern als diesbezüglichen Sponsor zu gewinnen. Der Betrag könne für den Fall, daß dies nicht gelinge, auch durch den Fachbereich 8 -Grundstückswirtschaft- übernommen werden.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**

1. **Abweichend von § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach verzichtet der Rat auf eine Beratung im Hauptausschuß.**
2. **Die Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e. V. wird mit besonderem Dank entgegengenommen.**

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

17. <-@ Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle

Herr Lang beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Es bestehe Klärungsbedarf aus den gleichen Gründen wie bei den Mitgliedschaften.

Dieser Antrag wird vom Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP abgelehnt.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluß:**

Auf eine Vorberatung im zuständigen Hauptausschuß wird verzichtet.

Danach faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß:**

Die Besetzung der Einigungsstelle wird entsprechend der beigefügten Vorlage beschlossen.

18. <-@ Anfragen der Ratsmitglieder

- @->
1. Schriftliche Anfragen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V. vom 11.10.2004

--
Bürgermeister Orth weist auf ein Schreiben der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V. vom 11.10.2004 hin, mit welchem um die Beantwortung von insgesamt neun Fragen aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen gebeten werde. Er wertet diese Fragen als von Herrn Lang in seiner Eigenschaft als Mitglied des Rates gestellt, da ansonsten ein verfristeter Eingang festzustellen wäre. Die Verwaltung habe in der Kürze der Zeit bis zur heutigen Ratssitzung lediglich Stellungnahmen zu den Fragen 1 bis 5 erarbeiten können. Hinsichtlich der Fragen 6 bis 9 müsse er auf eine schriftliche Beantwortung verweisen.

Sodann verliest Herr Lang den Fragenkatalog des Schreibens. Es ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach beantwortet Stadtkämmerer Kotulla die Fragen 1 bis 5 mündlich.

(Inzwischen wurde Herrn Lang mit Datum vom 19.10.2004 ein umfangreiches Schreiben übersandt, mit welchem alle gestellten Fragen beantwortet wurden. Dieses Schreiben ist der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt. Die dortigen Ausführungen hinsichtlich der Punkte 1 bis 5 entsprechend den oben genannten Äußerungen vom Stadtkämmerer Kotulla).

2. Anfrage zur Müllentsorgung in der Bensberger Straße

Frau Bendig fragt an, ob es zwingend notwendig sei, daß der Abfallwirtschaftsbetrieb seine Reinigungskolonnen morgens früh um 6:00 Uhr durch die Bensberg Straße schicke. Sie bittet darum, dies abzustellen.

Bürgermeister Orth weist auf das Dilemma hin, die Reinigung der Bensberger Straße entweder sehr früh in den verkehrsschwachen Zeiten oder später während eines außerordentlich hohen Verkehrsaufkommens durchzuführen. Es sei zu fragen, was zu größeren Belästigungen führe. Im übrigen werde die Anfrage schriftlich beantwortet.

3. Anfrage zur Vergabe der Kanalisierungsmaßnahme Reuterstraße und zum Parken in der Paffrather Straße

--

Herr Albrecht weist darauf hin, daß in der letzten Sitzung des Vergabeausschusses die Vergabe der Kanalisierungsmaßnahme Reuterstraße beschlossen wurde. Er bittet hierzu um Mitteilung des Sachstandes.

Des weiteren wolle er wissen, was die Straßenverkehrsbehörde gegen das Parken in der Paffrather Straße auf einer Länge von etwa 150 Metern im Bereich des Parkhauses Nord zu unternehmen gedenke. Die hier vorhan-

dene durchgezogene Linie werde von den PKW- Fahrern nicht beachtet.

4. Anfrage zur Müllentsorgung in der Dolmanstraße

Herr Hoffstadt weist darauf hin, daß die Müllentsorgung in der Dolmanstraße während der Hauptverkehrszeit regelmäßig zu heftigen Verkehrsstaus führe. Er fragt an, ob die Müllentsorgung nicht in einen zeitlichen Bereich entweder vor der Hauptverkehrszeit oder danach gelegt werden könne.

5. Anfragen zu den restlichen Sitzungsterminen für 2004 und zu den Haushaltsplanberatungen 2005

Herr Ziffus fragt an, wann die Termine für die restlichen Sitzungen des Jahres 2004 bekannt gegeben werden. Zudem möchte er wissen, wann mit den ersten Beratungen zum Haushaltsplan für 2005 gerechnet werden könne.

Bürgermeister Orth sichert zu, daß die weitere Terminplanung für 2004 so schnell wie möglich abgestimmt werde.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@